



Keine neue Bilateralen Abkommen ohne Rahmenabkommen ?

Die EU behauptet derzeit, ohne Rahmenabkommen schliesse sie keine neuen Bilateralen Abkommen mehr mit der Schweiz ab. Damit stellt sich die Frage, welche derartigen Verträge die Schweiz denn haben möchte.

Economiesuisse hat dazu eine Umfrage bei ca. 1000 Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeitern durchgeführt. Davon haben 55 % keine neuen Bilateralen Abkommen als wünschbar bezeichnet (10 % davon sogar eher einen Abbau befürwortet). Da sind sich EU und eine Mehrheit der Befragten ja einig. Zusätzliche Bilaterale Abkommen braucht es nicht.

Die NZZ hat am 1. März 2014 eine Bestandesaufnahme der Projekte in der Pipeline publiziert. Viele sind in der Zwischenzeit erledigt (Teilnahme am Forschungsprogramm bis 2020, an Erasmus, Zinsbesteuerung, Wettbewerbsrecht). Das Projekt „Reach“ ist mangels Interesse der Chemischen Industrie begraben, weitere Agrarliberalisierung zufolge Widerstand im Parlament „sistiert“. Der „Dialog“ über die Unternehmensbesteuerung führt wohl kaum zu einem Abkommen mit der EU. Still geworden ist es um die Pläne für ein Abkommen über den Emissionshandel. Bleibt ein Stromabkommen und ein neues Forschungsabkommen. Dazu unter diesen Stichworten.

Diskutiert wird ferner ein Finanz-Dienstleistungsabkommen. Avenir Suisse hat die Situation differenziert analysiert und nebst dem möglichen Nutzen auch auf die formidablen Hindernisse hingewiesen. Im Zusammenhang mit dem Brexit wird Michel Barnier, der Chefunterhändler der EU mit der Aussage zitiert:

„Finanzdienstleistungen können nicht effizient in wirksamem Ausmass durch ein Handelsabkommen geregelt werden“

Damit ist er nicht allein. Auch viele Banken fragen sich mittlerweile, was damit gewonnen werden könnte. Auch hier: Wer in der EU tätig ist, muss die dortigen Regeln einhalten. Ohne Rahmenabkommen. Und welche anderen Märkte sollen denn mit weiteren Abkommen erleichtert zugänglich sein?

Das Rahmenabkommen selbst sieht keinen neuen Marktzugang vor

Und administrative Erleichterungen jedes Mal mit Abtretung von Gesetzeskompetenzen an die EU zu bezahlen, ist unverhältnismässig.

Mehr Info mit Klick auf Stichworte von A – Z; Wählen Sie dort das Sie interessierende Thema:

Stromabkommen; Dienstleistungsabkommen; Forschungsabkommen